

Pressemitteilung

Landwirtschaft braucht Unterstützung der Gesellschaft

Gesellschaftliche Erwartungen, politische Zielsetzungen wie der Green Deal auf EU-Ebene und sich ändernde Anforderungen des Marktes führen gerade derzeit zu erheblich steigenden Anforderungen an die landwirtschaftliche Produktion und hier im Besonderen an die Tierhaltung. Vor allem Schweine- und Geflügelbauern erleben derzeit, dass moderne und wirtschaftliche Produktionsverfahren teils nicht auf die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz stoßen. Besonders kritisch diskutiert werden Tierhaltungsthemen wie Vollspaltenböden, die Anbindehaltung bei Rindern, Eingriffe bei Nutztieren wie die Ferkelkastration und das Schwanzkupieren, Importsoja sowie die Gentechnik-Freiheit in der Fütterung. „Ackerbauern erleben bei ihrer Arbeit auf den Feldern, dass die Notwendigkeit des Pflanzenschutzes als Voraussetzung für eine hohe Lebensmittelqualität und für entsprechende Erträge bei weiten Teilen der Bevölkerung nicht im Bewusstsein verankert ist. Dazu kommen konkrete Vorgaben in der Umweltpolitik, wie die Ammoniak-Reduktion im Rahmen der NEC-Richtlinie sowie mittelfristig die geforderte Umstellung der Lebensmittelproduktion und der gesamten Vermarktungskette in Richtung Klimaneutralität. Politische Anforderungen und gesellschaftliche Erwartungshaltungen auf europäischer und nationaler Ebene gehen damit für die Landwirtschaft in eine Richtung, die uns Bäuerinnen und Bauern in den kommenden Jahren weiter massiv fordern wird“, erklärt LK-Präsident Franz Waldenberger.

Konsumenten entscheiden über die Art der landwirtschaftlichen Produktion

Die gesamte Landwirtschaft und insbesondere die landwirtschaftliche Nutztierhaltung sind gefordert auf diese Entwicklungen offensive Antworten zu geben und sich bietende Chancen für Markt- und Preisdifferenzierungen konsequent zu nutzen. Mit einer Reihe von Qualitätsprogrammen und Vertragsproduktionen wurden schon wichtige Schritte für eine stärkere Zukunftsorientierung der Landwirtschaft gesetzt. „Es ist dringend notwendig, bei den entscheidenden Zukunftsfragen der landwirtschaftlichen Produktion auch die

Konsumentinnen und Konsumenten noch stärker in die Verantwortung zu nehmen. Mit ihrer Kauf- und Zahlungsbereitschaft bei Lebensmitteln entscheiden diese in erster Linie, ob höhere Produktionsstandards auch einen fairen Preis erhalten und damit auch wirtschaftlich machbar sind. Diese entscheiden letztendlich, wieviel Bio, wieviel Tierwohl, wieviel GVO-Freiheit, wieviel Heumilch, wieviel AMA-Gütesiegelproduktion usw. in Zukunft Teil der landwirtschaftlichen Produktion ist“, betont Waldenberger.

Wir brauchen ein neues Landwirtschaftsbewusstsein in der Gesellschaft

Um die Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten noch klarer aufzuzeigen, brauchen wir insbesondere eine Intensivierung der Kommunikation gegenüber der Gesellschaft. Bereits eine Mitgliederbefragung der Landwirtschaftskammer im vergangenen Jahr hat klar aufgezeigt, dass dieses Thema auf der Prioritätenliste unserer Bäuerinnen und Bauern ganz oben steht. Immer wieder stehen wir als Berufsgruppe vor Situationen, in denen wir unseren eigenen Grund und Boden – wenn es z.B. um die Freizeitnutzung auf unseren land- und forstwirtschaftlichen Flächen geht – verteidigen bzw. die Arbeitsweise und moderne Produktionstechniken in der Tierhaltung oder die Art der Bewirtschaftung unserer Felder und Wälder aktiv erklären müssen. Im Zusammenhang mit Umwelt- und Biodiversitätszielen wird immer stärker über die Sozialpflichtigkeit von Grund und Boden diskutiert.

„Wir brauchen daher in der Gesellschaft nicht nur ein besonderes Umwelt- und Klimabewusstsein, sondern auch ein neues Landwirtschaftsbewusstsein. Sowie über viele Jahre ein Umweltbewusstsein und zuletzt ein Klimabewusstsein schrittweise aufgebaut wurden, so müssen wir weiter beharrlich am Aufbau eines gesellschaftlichen Landwirtschaftsbewusstseins arbeiten“, fordert Waldenberger.

Auch Lebensmittelhandel trägt Verantwortung

Aufgrund der in Österreich sehr hohen Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels trägt dieser in der Lebensmittelkette eine ganz besondere Verantwortung. Wenn von Handelsketten in Werbebotschaften immer wieder die besondere Partnerschaft mit der heimischen Landwirtschaft betont wird, dann sind diese gefordert im wirtschaftlichen Alltag und insbesondere am Markt diese faire Partnerschaft auch tatsächlich zu leben. Mit einer Novelle des Nahversorgungs- und Wettbewerbsgesetzes werden künftig bestimmte unfaire Handelspraktiken verboten.

„Als Landwirtschaftskammer werden wir auf eine konsequente Umsetzung dieser neuen gesetzlichen Regelungen drängen und bei Bedarf gegenüber den Handelsvertretern auch die erforderlichen Ecken und Kanten zeigen“, kündigt Waldenberger an.

Landwirtschaft ist Basis für Staat und Gesellschaft

„Gerade in der aktuellen Corona-Krise haben wir als Bäuerinnen und Bauern gezeigt, dass wir tagtäglich mit unserer Arbeit und unserem Engagement dafür sorgen, dass die Regale im

Lebensmittelhandel immer gefüllt sind. Nur eine bäuerliche und familiengeführte Landwirtschaft ist ein wirklicher Garant für die krisensichere Versorgung mit hochqualitativen Lebensmitteln und insofern sind wir auch – und das sage ich mit vollem Selbstbewusstsein – ein Garant für sozialen Frieden, gesellschaftliche und politische Stabilität. Gerade die vergangenen zwei Jahre der gesellschaftlichen Krise haben gezeigt, dass das ein hohes Gut ist, das man nicht hoch genug schätzen kann. Nicht umsonst ist daher die Krisenvorsorge auch im Lebensmittelbereich zuletzt wieder zu einem zentralen politischen Thema geworden. Die Landwirtschaft insgesamt und die Versorgung mit heimischen, regionalen Lebensmitteln haben damit berechtigt wieder mehr an gesellschaftlicher Wertschätzung und politischer Bedeutung gewonnen. Nun gilt es darauf aufbauend konsequent dafür zu sorgen, dass sich diese Wertschätzung auch in einer höheren Wertschöpfung für die bäuerlichen Betriebe niederschlägt. Insbesondere bei den Einkäufern des Lebensmittelhandels dürften diese geänderten gesellschaftlichen Haltungen aber noch nicht im erforderlichen Ausmaß angekommen sein“, bedauert Präsident Waldenberger.

Erfolgreiche Landwirtschaft braucht moderne Produktionstechnik

Um als bäuerliche Landwirtschaft auch in Zukunft erfolgreich sein zu können, braucht es moderne Erzeugungs- und Produktionstechniken am aktuellen Stand der Wissenschaft und adaptiert an die Anforderungen der Praxis unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Zudem benötigt es kein romantisierendes Bild von Acker, Stall und Bauer oder nostalgische Verklärungen zur Landwirtschaft früherer Zeiten. Da war keinesfalls alles besser. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Eine moderne Landwirtschaft nutzt Mensch, Tier und Umwelt. Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung des LFI wird seit Jahren ein besonderer Schwerpunkt auf eine nachhaltige, umweltgerechte und tierwohlorientierte Produktion gesetzt. Der zunehmende Einzug der Digitalisierung und der Einsatz von Robotern in der landwirtschaftlichen Produktion leistet nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitserleichterung, sondern ermöglicht auch die Sicherstellung eines höheren Tierwohls in der Nutztierhaltung bzw. eine Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in der Pflanzenproduktion. Niemals zuvor war die Lebensmittelqualität höher als heute, niemals zuvor war das Tierwohl in unseren Ställen höher und niemals zuvor waren die Ernteerträge zur Ernährungssicherung einer ständig steigenden Weltbevölkerung besser als heute.

Unsere Familienbetriebe sind nur dann zukunftsfähig, wenn sie mittel- und längerfristig wirtschaftlich wettbewerbsfähig sind, egal ob durch Kosten- oder Qualitätsführerschaft – und auch die für eine ausreichende Einkommenserzielung erforderlichen agrarpolitischen Rahmenbedingungen vorfinden.

Handelsabkommen müssen ausgewogen sein

Als bäuerliche Berufsvertretung stehen wir zum Markt und auch zu Handelsabkommen, die der europäischen Landwirtschaft erst die in vielen Bereichen notwendigen Exportmöglichkeiten für Agrarprodukte und Lebensmittel eröffnen. Erst damit war es möglich, dass die europäische Landwirtschaft über die Jahre hinweg zum weltweit führenden Agrar-

und Lebensmittelexporteur wurde sowie gleichzeitig der weltweite Qualitätsführer bei Lebensmitteln geblieben ist. Handelsabkommen müssen aber auch für alle ausgewogen sein. Das ist bei dem aktuell zur politischen Entscheidung anstehenden Mercosur-Abkommen mit den südamerikanischen Agrarexportländern ausdrücklich nicht der Fall. Die EU ist daher gefordert, ihre Handelspolitik neu zu orientieren und die Themen Nachhaltigkeit, Umwelt und Klima auch in diesem Politikbereich verstärkt zu berücksichtigen. Diese inhaltlichen Anforderungen müssen schrittweise Eingang auch in bestehende EU-Freihandelsabkommen finden. Im Zusammenhang mit den ständig steigenden Klimaanforderungen brauchen wir insbesondere das Instrument von CO₂-Zöllen, um mehr Fairness im internationalen Handel mit Agrarprodukten und Lebensmitteln zu schaffen. Es darf nicht sein, dass auf Düngemittelimporte künftig CO₂-Zölle aufgeschlagen werden und für Agrar- und Lebensmittelimporte kein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus zur Anwendung kommen soll.

Bei der dazu notwendigen Überarbeitung von EU-Freihandelsabkommen müssen aber zusätzlich auch die bestehenden unterschiedlichen Umwelt- und Sozialstandards eine entsprechende Berücksichtigung erfahren.

Enorme Vielfalt der Landwirtschaft kann bäuerlichen Strukturwandel weiter bremsen

Die ÖÖ Landwirtschaft produziert heute eine noch nie dagewesene Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen. Nur damit war es möglich, den bäuerlichen Strukturwandel seit dem EU-Beitritt spürbar einzubremsen. Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Land- und Forstwirtschaft brauchen wir sowohl eine wettbewerbsfähige land- und forstwirtschaftliche Urproduktion, als auch die vielen Formen der Erwerbskombination und der Diversifizierung. All diese Bereiche brauchen unser vollstes Engagement sowohl in der interessenspolitischen Arbeit, als auch in der Bildungs- und Beratungsarbeit. Insbesondere die aktuelle Corona-Krise hat dazu geführt, dass sich für viele bäuerliche Betriebe neue Markt- und Einkommenspotenziale aufgetan haben. Als Landwirtschaftskammer sind wir daher in den nächsten Jahren massiv gefordert, unsere Bauernfamilien am Weg zu mehr Wertschätzung, sowie Wertschöpfung und damit auch Einkommen bestmöglich und professionell zu unterstützen.

Unser oberstes Ziel in der interessenspolitischen Arbeit aber auch in der Bildungs- und Beratungsarbeit muss es sein, die bäuerlichen Familien in der Weiterentwicklung ihrer Betriebe gezielt zu unterstützen und damit den bäuerlichen Strukturwandel weiter zu bremsen. „Trotz und zum Teil vielleicht sogar wegen der genannten massiven Herausforderungen und Umwälzungen bin ich der festen Überzeugung: Jeder kann sich weitgehend unabhängig von der Betriebsgröße mit dem notwendigen Engagement und persönlicher Leidenschaft eine taugliche wirtschaftliche Existenz in der Landwirtschaft aufbauen bzw. sichern“, erklärt Präsident Waldenberger.

Wirksame Interessenspolitik mit Ecken und Kanten

Im Mittelpunkt der Funktionärsarbeit in der Landwirtschaftskammer steht naturgemäß die agrarische Interessenspolitik. „Als zahlenmäßig eher kleine Berufs- und Bevölkerungsgruppe sind wir in besonderer Weise gefordert, unseren berechtigten Anliegen politisch zum Durchbruch zu verhelfen. Eine wirksame Interessenspolitik für die bäuerlichen Familien lebt nicht nur von den öffentlich laut vorgetragenen Forderungen, sondern erfordert auch viel an fachlicher Expertise, detaillierter Kleinarbeit, den intensiven Austausch mit der Praxis und die Pflege eines breiten Netzwerkes an persönlichen Beziehungen. Die Landwirtschaftskammer soll damit auch in Zukunft die zentrale Plattform für eine aktive und engagierte bäuerliche Standespolitik sein.

Gerade die interessenspolitische Arbeit zeichnet sich durch eine konsequente Zusammenarbeit zwischen Funktionären und Fachexperten aus. Eine wirksame agrarische Interessenspolitik erfordert es, bei Bedarf auch Ecken und Kanten zu zeigen. Eine längerfristig erfolgreiche Agrar- und Interessenspolitik erfordert aber auch die erforderliche Wertschätzung im persönlichen Umgang und ein erforderliches Maß an politischer Kompromissfähigkeit“, erläutert Präsident Waldenberger die zentralen Prioritäten seiner Arbeit.



„Unser gemeinsames Ziel ist, den bäuerlichen Strukturwandel weiter zu bremsen“, betonen Franz Waldenberger, Präsident der Landwirtschaftskammer OÖ (r.) und Mag. Karl Dietachmair, Kammerdirektor der Landwirtschaftskammer OÖ.

Kammerdirektor Mag. Karl Dietachmair:

Green Deal mit massiven wirtschaftlichen Folgewirkungen für die Landwirtschaft

Der Green Deal als zentrales Zukunfts- und Wirtschaftsprogramm der EU zielt insbesondere auch auf massive Änderungen in der Land- und Forstwirtschaft ab. Die Land- und Forstwirtschaft ist einer der hauptbetroffenen Sektoren des Klimawandels und hat daher ein massives und vitales Interesse an einer aktiven Klimapolitik und an einer Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen. Zuletzt haben aber mehrere wissenschaftliche Studien klar aufgezeigt, dass mit der Umsetzung des Green Deal in der derzeitigen Form viele negative Umweltauswirkungen der Produktion nicht beseitigt, sondern lediglich in Regionen außerhalb der EU verlagert werden. „Ja, wir brauchen einen Green Deal, aber mit wesentlich geänderten Umsetzungsmaßnahmen und vor allem flankiert von einer neuen EU-Handelspolitik mit Klimazöllen auch für Agrar- und Lebensmittelimporte. Nur so kann sichergestellt werden, dass die europäische und die heimische Land- und Forstwirtschaft auch künftig wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleibt. Zudem brauchen wir produktionsintegrierte Strategien der Nachhaltigkeit. Die großflächige Außer-Nutzung-Stellung land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen wäre auch klimapolitisch kontraproduktiv. Für die angestrebte Klimaneutralität der Energieversorgung und unserer Wirtschaft brauchen wir dringend die Rohstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft“, erklärt Kammerdirektor Karl Dietachmair.

Aktive Forstwirtschaft ist Klimaschutz

Nur eine aktive Forstwirtschaft kann die notwendige Rohstoffgrundlage für eine dauerhafte CO₂-Speicherung bei Holzbauten oder im Rahmen der Bioökonomie liefern. Die aktuellen EU-Vorschläge für eine neue Forststrategie gehen in eine absolut falsche Richtung. Durch die Außer-Nutzung-Stellung forstwirtschaftlicher Flächen kann mittel- und längerfristig kein zusätzlicher Beitrag für den Klimaschutz geleistet werden. Gerade die familiengeführte Forstwirtschaft steht seit Jahrhunderten für Nachhaltigkeit und ist heute ein absolut unverzichtbarer Teil einer modernen Bioökonomie. Forstwirtschaft und Holzverarbeitung sind darüber hinaus ein absolut unverzichtbarer Aktivposten der heimischen Volkswirtschaft. Zudem ist die Forstwirtschaft ein absolut unverzichtbarer Faktor zur Erreichung einer CO₂-Neutralität in der heimischen Energieversorgung. Als Landwirtschaftskammer setzen wir insbesondere auf die Erreichung einer wirtschaftlichen Praxisreife in der Holz-Dieselproduktion, die mittelfristig einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der CO₂-Neutralität in der österreichischen Landwirtschaft leisten soll.

Gemeinsame EU-Agrarpolitik für Bäuerinnen und Bauern unverzichtbar

Als Bauernschaft haben wir seit dem EU-Beitritt ein Einkommensmodell, bei dem sich die bäuerlichen Einkommen aus Markterlösen und Direkt- sowie Ausgleichszahlungen zusammensetzen. Trotz aller berechtigten Kritik an vielen Detailregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik ist diese eine absolut unverzichtbare Grundlage für die Einkommensbildung unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Mit der aktuellen Reform der GAP und dem nun weitgehend fertiggestellten nationalen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik wird auch für die kommenden Jahre eine verlässliche Basis für die Abgeltung erbrachter Umweltleistungen, für die faire Abgeltung natürlicher Benachteiligungen unserer Bergbauern sowie eine verlässliche Basis für die Einkommensbildung unserer Familienbetriebe geschaffen. Durch die engagierte Verhandlungsführung der bisherigen oberösterreichischen Agrarspitze konnten gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen insbesondere für die OÖ Landwirtschaft mit ihrem hohen Tierhaltungsanteil und den höheren Ertragsniveaus im Ackerbau entscheidende Verbesserungen durchgesetzt werden. Künftige ÖPUL-Teilnahmeentscheidungen sollten wir aber nicht nur auf Basis rein betrieblich orientierter Prämienoptimierungen, sondern auch auf Basis künftiger strategischer Produktionsausrichtungen des jeweiligen Betriebes treffen. „Als Bildungs- und Beratungsunternehmen Landwirtschaftskammer werden wir daher im neuen Jahr eine umfassende Informations- und Beratungsoffensive zur neuen Gemeinsamen Agrarpolitik starten, um die bäuerlichen Familienbetriebe bei der Umsetzung der neuen GAP und insbesondere bei den erforderlichen ÖPUL-Teilnahmeentscheidungen bestmöglich zu unterstützen“, so Dietachmair.

Zentrale Faktoren für Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Landwirtschaft sichern

Im Mittelpunkt der interessenspolitischen Arbeit auf nationaler Ebene haben weiterhin die maximale Ausschöpfung von Zahlungen in der 2. Säule der GAP (insbesondere Agrarumweltprogramm ÖPUL und Bergbauernausgleichszulage) sowie der Erhalt einer umfassenden Einkommensteuerpauschalierung und die Absicherung des hohen Leistungsniveaus unserer bäuerlichen Sozialversicherung zu stehen. Der Erhalt dieser Rahmenbedingungen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass unsere im EU-Vergleich klein- und mittelbäuerlich strukturierten Betriebe auch in Zukunft wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben. „Der Erhalt dieser unverzichtbaren Systeme kann mittel- und längerfristig politisch nur dann gelingen, wenn sich die Bauernschaft auch selbst geschlossen und mit Nachdruck zu deren absoluter Notwendigkeit bekennen. Dazu gehört aber selbstverständlich auch, dass wir regelmäßig und konsequent an der Verbesserung dieser Systeme arbeiten und gleichzeitig weiterhin an deren bestmöglicher Verankerung im allgemeinen Steuer- und Sozialsystem festhalten. Insbesondere geht es darum, die dafür erforderlichen Budgetmittel auch längerfristig abzusichern, so Dietachmair abschließend.

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at